GS-GA-01

Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	GS.GS-GA Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit ein ganz zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie sich gebraucht und finden Anerkennung bei Kolleg*innen, Mitarbeiter*innen und Vorgesetzten. Fast jede und jeder wünscht sich eine gute Arbeit, die finanziell absichert, erfüllt und Freude macht. Auch darin, nicht nur im Lohn, liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für unsere Gesellschaft. Und auch deshalb sind Arbeitslosigkeit und ungerechte Löhne großer Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die Erwerbslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt. Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person.

Das wollen wir ändern. Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir Grünen wollen diese Entwicklungen fair für alle gestalten. Jede und jeder soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze müssen alters- und alternsgerecht ausgestaltet werden. Soziale Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein , damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

Gute Arbeit statt prekärer Jobs

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein dorthin. Doch noch viel zu oft wird er umgangen. Der Mindestlohn muss für alle regulär Angestellten gelten. Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifischeLohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte - plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt werden. Scheinselbständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden. Ohne

sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. Immer weniger Jobs sind heute durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollten leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und auch atypische Jobs umfassen. Wir brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und werden den

Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für einen der größten Arbeitgeber im Land – die Kirchen – gelten: Auch für ihre Beschäftigten wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten. Zudem halten wir die persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei kirchlichen Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig. Wir wollen deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und Ausnahmeregelungen beschränken.

Minijobs scheinen eine guten Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie sich als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen. Minijobs wollen wir deshalb in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als geringfügig zu arbeiten.

Gute Aus- und Weiterbildung für gute Jobs

Wir Grünen wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist dafür ganz zentral. Jungen Menschen geben wir eine Ausbildungsgarantie. Wer keine Lehrstelle in einem Betrieb findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Weiterbildung wird immer wichtiger – auch, weil die Menschen immer älter werden und länger arbeiten. Mit der BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, können wir Erwachsene, die sich weiterbilden wollen, unterstützen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird - anders als bisher - nicht erst im "Versicherungsfall Arbeitslosigkeit" tätig, sondern unterstützt vorbeugend mit Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie ist damit ein wirksames Instrument, um Menschen in Zeiten von technologischen Umbrüchen Sicherheit zu gewähren und neue Perspektiven zu eröffnen. Sie bietet soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und Agenturen passgenau betreut
werden, um sie dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Auch Menschen mit Behinderungen oder geflüchtete Menschen brauchen genau auf sie zugeschnittene Angebote. Dazu gehören vor allem
Qualifizierungen, Sprachförderung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

Zeit für mehr

Bisher forderten vor allem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Flexibilität von ihren Beschäftigten. Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität bekommen, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können. Dafür brauchen sie mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor umgestalten. Damit können Frauen leichter als bisher ihre Beschäftigung ausweiten und Männer können in Teilzeit gehen, ohne Karriereeinschnitte fürchten zu müssen. Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen. Für Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu verhandeln. Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehört ein zeitgemäßer
Arbeitsschutz unbedingt dazu sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz. In den Unternehmen ist Kreativität gefragt, damit die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten besser in Einklang gebracht werden. Immer mehr Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben dies bereits erkannt, sich von überholten Mustern verabschiedet und innovative Konzepte für ihre Belegschaften entwickelt. Alle anderen wollen wir davon noch überzeugen.

Das Leben lässt sich nicht immer planen. Manchmal wird die Pflege der Mutter wichtiger als der Beruf, manchmal wird ein Kind krank. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das Verhältnis zwischen Arbeit und den Wechselfällen des Lebens neu auszubalancieren. Grüne Arbeitszeitpolitik will mehr Selbstbestimmung über die eigene (Arbeits-)Zeit ermöglichen. Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Denn
die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer für Pflegebedürftige Verantwortung übernimmt, für den schlagen wir eine dreimonatige PflegeZeit Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim Elterngeld der Fall ist.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen

Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird, Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Werkstätten dürfen Menschen nicht
isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten.

Flexible Vollzeit – Arbeitszeit freier gestalten

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und
Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30
bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren
Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen Planungssicherheit
zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche
Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch
auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

Mit einer Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen

Wir investieren verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und
Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu
verbessern. Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden
Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll für alle Beschäftigten und Selbständigen da
sein und sie absichern. Mit dieser grundsätzlichen Reform der Arbeitsförderung kann es
gelingen, Zugänge in Arbeit auch für die zu schaffen, die es heute besonders schwer haben:
Für Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, ältere
Beschäftigte und Flüchtlinge gibt es künftig passgenaue und individuelle Integrationsstrategien.
